

Umfeld, das durch Populismus und durch gezielte Polarisierung gekennzeichnet ist“, im Sinn einer „Förderung einer kultivierten politischen Streitkultur“. Dem Vorschlag des Verbots einer Regierungsbeteiligung von Funktionären der Sozialpartner ist im Rahmen dieses Konzepts voll zuzustimmen. Weniger klar ist, warum die Funktionäre nicht Abgeordnete sein sollten. Sie vertreten wichtige und große Teile der Gesellschaft. Da die Sozialpartner den politischen Parteien ohnedies nahestehen, sollte eine Kandidatur im Rahmen der jeweiligen Listen kein Problem darstellen. Allerdings müsste darauf geachtet werden, dass die Sozialpartner nicht – wie bisher – überproportional vertreten sind, und eine etwas stärkere Demokratisierung der Kammern wie stärkere Bemühungen, Entscheidungsprozesse transparenter zu machen und besser zu kommunizieren, würde die Begründung eines solchen Vorschlags erleichtern.

### Anmerkungen

- <sup>1</sup> Auf Arbeitnehmerseite verhandelt die Gewerkschaft die Löhne, nicht die Arbeiterkammer, weil gesetzliche Interessenvertretungen nur dann verhandeln dürfen, wenn es keine entsprechende freiwillige Interessenvertretung gibt („Vorrangregelung“). Ferner haben nur die Gewerkschaften eine nach Branchen aufgestellte Organisation, die Arbeiterkammer ist hingegen branchenübergreifend und regional organisiert und hat andere Aufgaben.
- <sup>2</sup> So etwa lobt der OECD-Länderbericht (2013) Österreichs Sozialpartnerschaft als Erfolgsfaktor und betont den Vorteil des sozialpartnerschaftlichen Ansatzes, der dazu beiträgt, Reformen auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten voranzutreiben.
- <sup>3</sup> Tichy (2017b) 188.
- <sup>4</sup> Im Rahmen der Selbstverwaltung übernehmen die Sozialpartner eine Vielzahl von Verwaltungsaufgaben, die zentraler Teil des österreichischen Sozialstaats sind. Die (soziale) Selbstverwaltung stellt eine demokratische Form der gleichberechtigten Mitbestimmung zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit dar. Sie ist zugleich effizient, da der institutionalisierte Interessenausgleich zwischen Kapital und Arbeit Transaktionskosten spart.
- <sup>5</sup> In Deutschland sind es nur etwa die Hälfte, in den USA nur 14%.
- <sup>6</sup> Die Kollektivverträge regeln alle Ansprüche, die nicht im Gesetz stehen bzw. über das Gesetz hinausgehen. Am wichtigsten sind die Mindestlöhne/-gehälter in der jeweiligen Branche sowie das Urlaubs- und Weihnachtsgeld (13. und 14. Monatsbezug), das anschließend im Kollektivvertrag geregelt ist. Ohne Kollektivverträge gäbe es auch keine Sonderregelungen wie Schutzbestimmungen bei Kündigung, Bezahlung von Überstunden, Zulagen, Prämien, Taggelder, Freizeitansprüche etc.
- <sup>7</sup> Visser (2015).
- <sup>8</sup> Barazon (2007).
- <sup>9</sup> Die Beteiligung war allerdings mit 67% (AK) und 36% (WK) eher gering; das spiegelt nicht bloß das Trittbrettfahrerprinzip, sondern auch, dass die Pflichtmitgliedschaft nicht als ernstes Problem gesehen wird.
- <sup>10</sup> SWS (2018) 88ff.
- <sup>11</sup> Profil (30.4.2018) 13. Dementsprechend ätzt das Journal auf S. 22: „Über eine derartige Zwei-Drittel Mehrheit verfügt Schwarz-Blau nicht.“ Nach der Eurobarometer-Umfrage

von November 2017 vertrauen 46% der Österreicher der Regierung und bloß 34% den politischen Parteien.

- <sup>12</sup> <https://www.fpoe.at/.../wozu-brauchen-wir-die-sozialpartner-noch> (abgerufen am 26.4.2018). Interessanterweise bezieht sich die Kritik der Regierung primär auf die Arbeiterkammer und das System der Sozialversicherung, weniger auf die Wirtschaftskammer; die Landwirtschaftskammer wird nirgendwo auch nur erwähnt. Ausführungen über Art und Ausmaß einer dringend erforderlichen *generellen* Senkung der Lohnnebenkosten, zu der die Senkung der Kammerumlage einen „Beitrag“ leisten sollte, fehlen im Regierungsprogramm.
- <sup>13</sup> Tichy (2017a).
- <sup>14</sup> Leibrecht, Rocha-Akis (2014).
- <sup>15</sup> Der Anteil der Einkommen unterhalb der Niedriglohnschwelle (zwei Drittel des Medianbruttostundenlohns) liegt mit 15% unter dem deutschen (22%) und hat im letzten Jahrzehnt auch weniger stark zugenommen; Teitzer et al. (2014).
- <sup>16</sup> Badelt (2018).
- <sup>17</sup> Manager schätzen den österreichischen Standort, relativ zu anderen, keineswegs so schlecht ein wie die Regierung: „Natürlich wird gerne geraunzt, und dafür gibt es auch Gründe, aber insgesamt sind die Rahmenbedingungen schon okay. Das beginnt bei der Lebensqualität und der Sicherheit, aber auch wenn ich an den Standortfaktor Steuer denke, gibt es für ein Unternehmen wie die Strabag, das neben dem operativen Geschäft auch eine Holdingfunktion hat, durchaus schlechtere Standorte“ (Th. Birtel, CEO von StrabagSE, in: *corporatAID Magazin Mai/Juni [2018]* S. 6).
- <sup>18</sup> Die Presse (19.10.2016).
- <sup>19</sup> Oberösterreichische Nachrichten (6.5.2017).
- <sup>20</sup> Nationalrat, XXV. GP, Stenographisches Protokoll, 199. Sitzung, S. 23.
- <sup>21</sup> Bock-Schappelwein (2016); Tichy (2017b).
- <sup>22</sup> Lehner (2018).
- <sup>23</sup> Derzeit befindet sich allerdings bloß ein Kammerfunktionär in der Regierung.
- <sup>24</sup> Fernández-Macias et al. (2012).
- <sup>25</sup> Die politische Diskussion überschätzt die Effizienzgewinne von Fusionen und unterschätzt deren Probleme; P. Druckers Warnung: „*Two out for five mergers are outright disasters, two neither live nor die, and one works.*“ Die zentralen Schwächen des Systems liegen weder bei der Zahl der Kassen noch beim Einfluss der Sozialpartner, sondern der Relation von stationärer und ambulanter Behandlung („*over-hospitalisation*“) und bei der Trennung von Leistungsbesteller und Finanzier.

## Literatur

- Badelt, Christoph, Österreich – Wie geht es weiter?, in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 3 (2017) 401-408.
- Badelt, Christoph, Wert der österreichischen Sozialpartnerschaft für Wirtschaft und Gesellschaft (= Referat auf der Tagung „Die Rolle der Sozialpartner in der Vergangenheit und Zukunft der Republik Österreich“, Wien, 23. April 2018).
- Barazon, Ronald, Die kostbare Pflichtmitgliedschaft der Kammern (Wien 2007); online: <http://www.jahrbuch-politik.at/wp-content/uploads/Ronald-Barazon-Die-kostbare-Pflichtmitgliedschaft-der-Kammern.pdf>.
- Bock-Schappelwein, Julia, Digitalisierung und Arbeit, in Peneder, Michael; u. a., *Ökonomische Effekte der Digitalisierung in Österreich* (WIFO, Wien 2016) 110-131.
- Eppel, Rainer; Leoni, Thomas; Mahringer, Helmut, Österreich 2025. Segmentierung des Arbeitsmarktes und schwache Lohnentwicklung in Österreich (WIFO, Wien 2017).